

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Ganz unauffällig

Die seit viereinhalb Jahren laufenden Bemühungen um die finanzielle Rettung Griechenlands sind desaströs gescheitert. Seit Mai 2010 hat das Land 236,7 Mrd. Euro erhalten. Der Verschuldungsgrad ist von damals 124,9% auf aktuell 175,5% gestiegen, obwohl Hellas im Frühjahr 2012 Schulden in Höhe von 107 Mrd. EUR erlassen worden waren. Aktuell wird hinter den Kulissen über ein drittes Rettungspaket verhandelt. Obwohl kein Verantwortlicher in Brüssel und Berlin mehr ernsthaft an eine Rückzahlung der Schulden glaubt, wird auch dieser untaugliche Rettungsversuch Deutschland noch stärker ins finanzielle Obligo zwingen.

Gewollte Inflation

Die angeblich drohende Deflations-Gefahr ist zum ständigen Mantra der EZB geworden. Zumindest aus deutscher Sicht wirkt die für November 2014 ermittelte Geldentwertung um 0,6% alles andere als bedrohlich. Zur Erinnerung: Die Kaufkraft der DM hat seit ihrer Einführung in 1948 bis zu ihrer Ablösung durch den Euro etwa 75% an Wert verloren. Allein in den letzten 24 Jahren mussten die Deutschen eine kumulierte Inflation von 47% hinnehmen. Wenn die EZB nun – entgegen der gängigen Volkswirtschaftslehre – eine 2%ige Geldentwertung als „Stabilitätsgabe“ definiert, so verfolgt sie offensichtlich vorrangig das Ziel, den hoch verschuldeten Ländern im Euro-Raum die Entschuldung durch forcierte Inflation zu erleichtern. Außerdem hat Draghi den massenhaften Ankauf von fragwürdigen Staatsanleihen und

dubiosen Kreditverbriefungen angekündigt.

„Sozialreligion“

Die „Welt“ zieht eine kritische Zwischenbilanz des bisherigen Wirkens der – wie es heißt – „großen sozialdemokratischen Koalition“. Das Blatt fasst die Lage der Nation folgendermaßen zusammen: „Die Gewerkschaften sind happy, die SPD auch, die Opposition will im Zweifel eher mehr Soziales, und alle vernünftigen Formen des Widerstands gegen die populistische Beglückungsneigung sind marginalisiert. Die Wirtschaftsvertreter neigen zu opportunistischer Leisetreterei, und wenn die Wirtschaftsweisen mahnen, werden sie als Häretiker gebrandmarkt, die sich an der bundesdeutschen Sozialreligion versündigen.“ Als unwillkommener Störfaktor ist in diesem Heile-Welt-Klima der Bundesrechnungshof mit einer kritischen Bewertung des Bundeshaushalts 2015 aufgetreten. Insbesondere das überproportionale Wachstum der Sozialausgaben werde sich als Sprengstoff für die Zukunftsgestaltung erweisen. Bei aller Euphorie über die „schwarze Haushalts-Null“ hat noch kein Politiker öffentlich die Frage gestellt, wann mit dem Abbau der deutschen Staatsschulden in Höhe von 2,17 Billionen EUR begonnen werden soll. Warum wird eigentlich der nach allen Politiker-Bekundungen auch über 2019 hinaus verlängerte Soli nicht zweckgebunden zum Abbau der öffentlichen Schulden genutzt?

Manipulationen

Banken klagen häufig über unzureichende Profitabilität. Negli-

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

giert werden dabei allerdings die hausgemachten Probleme, die zu erheblichen Kostenbelastungen führen. So mussten die zwölf größten europäischen und die sechs führenden amerikanischen Institute – laut Boston Consulting – seit der Finanzkrise Strafen in Höhe von mittlerweile 178 Mrd. Dollar bezahlen. Mit bisher 7,3 Mrd. Dollar rangiert die Deutsche Bank auf dem sechsten Platz dieser unrühmlichen Skandal-Liste. Verhängt worden sind diese immensen Strafen vorrangig von amerikanischen Aufsichtsbehörden wegen Manipulationen bei Libor und Euribor-Referenzsätzen, bei Währungskursen, bei Hypothekenanleihen und der Preisfindung von Edelmetallen. Außerdem wurden Beihilfen bei der Steuerhinterziehung und bei Verstößen gegen amerikanische Sanktionen geahndet. Dem oft angekündigten Kulturwandel im Geschäft der internationalen Großbanken sollten allmählich Taten folgen.

„Special Rules“

Während der Amtszeit von Jean-Claude Juncker als luxemburgischer Finanz- und Premierminister sollen etwa 340 Konzerne durch spezielle Deals Steuern in Milliarden-Höhe zulasten anderer Länder gespart haben. Unbeeindruckt von den daraus resultierenden Vorwürfen hat der EU-Kommissionspräsident seine „Invest in Europe“-Initiative vorge-

stellt, die von der „Wirtschaftswoche“ als „Europäische Moggelpackung“ bezeichnet worden ist. Mit Hilfe eines Garantiefonds sollen risikoreiche Kredite von bis zu 60 Mrd. EUR abgesichert werden. Insgesamt soll ein Investitionsvolumen von 315 Mrd. EUR gehebelt bzw. angeschoben werden. Während Schuldenländer wie Italien, Spanien und Frankreich das Konzept bejubelten, verhalte die nur noch zaghaft vortragene Kritik, dass auch hier letztlich der deutsche Steuerzahler zusätzliche Haftungsrisiken übernehmen soll.

Aufschwung im Frühjahr?

Auch im vierten Quartal 2014 dürfte Deutschland nur knapp an einer Rezession vorbeigeschrammt sein. Auftrieb hat der im November erfolgte Anstieg des ifo-Geschäftsklimaindexes gegeben. Damit hat sich die Stimmung nach sechs Rückgängen in Folge erstmals wieder aufgehellt. Malte Fischer („Wirtschaftswoche“) rechnet mit einer konjunkturellen Stagnation im Winter, die im Frühjahr in einen neuen Aufschwung überleiten werde. Gleichwohl belastete der wachstumsfeindliche Kurs der Bundesregierung die wirtschaftlichen Perspektiven, da er die Investitionsbereitschaft der Unternehmen bremse. Neben dem Kaufkraftschub durch den niedrigen Ölpreis stimuliere der schwache Euro die Nachfrage aus dem Ausland.